

Ex-post-Bewertung des Programms „Zukunft auf dem Land“ (ZAL)

Kapitel 2

Einleitung

Projektbearbeitung

*Barbara Fährmann, Regina Grajewski, Andrea Pufahl,
Gitta Schnaut*

Institut für Ländliche Räume
Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)



Braunschweig

November 2008

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abbildungsverzeichnis	III
Kartenverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	IV
2 Überblick über den Bewertungsrahmen und die Umsetzung von ZAL 2000 bis 2006	1
2.0 Zusammenfassung	1
2.1 Einleitung	2
2.2 Ziel, Zweck und Organisation der Ex-Post-Bewertung	3
2.2.1 Ziel und Zweck der Ex-post-Bewertung	3
2.2.2 Organisation der Bewertung	4
2.2.3 Berichtsstruktur der Ex-post-Bewertung	5
2.3 Was passierte im Programmumfeld? - Einflussfaktoren auf die Programmstruktur	6
2.3.1 Programmausgestaltung von 2000 bis 2006	7
2.3.2 Welches waren die Hauptursachen für inhaltliche Anpassungen?	9
2.3.3 2007 bis 2013 – Kontinuität mit einzelnen Neuerungen	10
2.4 Organisation der Programmdurchführung	11
2.5 Finanzielle Planung und Vollzug im Bereich der ländlichen Entwicklung 2000 bis 2006	13
2.5.1 Finanzielle Umsetzung von ZAL	13
2.5.2 Bestimmungsgründe für den finanziellen Vollzug	17
2.5.3 Einordnung von ZAL in die Förderpolitik Schleswig-Holsteins	20
2.6 Regionale Verteilung der Fördermittel 2000 bis 2006	23
Literaturverzeichnis	29

Abbildungsverzeichnis		Seite
Abbildung 2.1:	Analyseschwerpunkte der vorangegangenen Evaluierungen	4
Abbildung 2.2:	Organisation der Programmumsetzung, Stand 01.06.2005	12
Abbildung 2.3:	Verteilung der Mittelansätze 2000 bis 2006 für Artikel-52-Maßnahmen in Schleswig-Holstein	16
Abbildung 2.4:	Veränderungen der Nettoinvestitionen in den BMELV-Testbetrieben Schleswig-Holsteins von WJ 1998/1999 bis WJ 2006/2007	19
Abbildung 2.5:	Verhältnis der 1. Säule zur 2. Säule der GAP in Schleswig-Holstein (auf Basis der Zahlungen (2) im EU-Haushaltsjahr 2006)	20
Abbildung 2.6:	Einordnung von ZAL in die strukturpolitischen Programme des Landes Schleswig-Holstein	21
Abbildung 2.7:	Öffentliche Mittel 2000 bis 2006 in ausgewählten schleswig-holsteinischen Förderprogrammen	22
Kartenverzeichnis		Seite
Karte 2.1:	Regionale Verteilung der ausgezahlten öffentlichen Fördermittel von ZAL, dem Ziel-2-Programm, LEADER+ und Regionen aktiv 2000 bis 2006	24
Karte 2.2:	Errechnete einwohnerbezogene Förderintensität von ZAL, dem Ziel-2-Programm, LEADER+ und Regionen Aktiv	26
Karte 2.3:	Regionale Verteilung der Fördermittel von ZAL (einschließlich fakultativer Modulation) nach Förderkategorien (ohne u)	27
Karte 2.4:	Errechnete sektorale Förderintensitäten (Euro je Jahr und Hektar LF bzw. Betrieb)	28

Tabellenverzeichnis		Seite
Tabelle 2.1:	Berichtsstruktur der Ex-post-Bewertung von ZAL	6
Tabelle 2.2:	ZAL – Rückblick und Ausblick	8
Tabelle 2.3:	Zeitliche Planerfüllung des Mittelabflusses in Schleswig-Holstein 2000 bis 2006	14
Tabelle 2.4:	EAGFL-Mittel und öffentliche Mittel 2000 bis 2006 zwischen Planungsstand 2000 und Ist 2006	15
Tabelle 2.5:	Mittelansätze für die fakultative Modulation in Schleswig-Holstein	17
Tabelle 2.6:	Ist-Soll-Vergleich nach Förderkategorien	18

2 Überblick über den Bewertungsrahmen und die Umsetzung von ZAL 2000 bis 2006

2.0 Zusammenfassung

Ziel und Organisation der Ex-post-Bewertung

- Der modulare Aufbau der Ex-post-Bewertung hat die Möglichkeit geschaffen, einzelne Wirkungsbereiche vertieft zu untersuchen und thematische Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. In den meisten Förderkapiteln konnten so Aussagen zur Wirksamkeit und Effizienz der verausgabten Mittel getroffen werden. Die getroffenen Schlussfolgerungen berücksichtigen insbesondere die Programmbereiche, die im neuen ZPLR ab 2007 fortgeführt werden.
- Die länderübergreifende Organisation der Bewertung hat sich bewährt, sowohl zur Absprache des Untersuchungsdesigns als auch zur Diskussion von Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Sowohl maßnahmen- als auch programmbezogen existierten entsprechende Gremien.
- Die Berichtsstruktur berücksichtigt sowohl das Interesse der EU-Kommission an kurzen und förderkapitelübergreifenden Darstellungen (Textband) als auch die eher maßnahmen- oder richtlinienbezogenen Interessen der Fachreferate im MLUR, die teilweise Gegenstand der Materialbände waren.

Inhaltliche Programmänderungen und Einflussfaktoren

- Der Schwerpunkt von ZAL lag in starkem Maße auf ländlichen Entwicklungsmaßnahmen, vorrangig umgesetzt im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE). Daran haben auch die durchgeführten Programmänderungen seit 2001 wenig geändert. Daneben wurden umfangreiche Mittel im Küstenschutz und aufgrund des Sommerhochwassers 2002 zusätzlich im Hochwasserschutz verausgabt. Neue Maßnahmen kamen in erster Linie im Rahmen der fakultativen Modulation hinzu. Diese führte zu einer inhaltlichen Ausweitung der Agrarumweltmaßnahmen auch auf Ackerstandorte.

Administrative Umsetzung

- Auf der Programmsteuerungsebene haben sich durch die Umgestaltungen in den Ministerien Veränderungen ergeben. Im Kern ist das Programmkoordinierungsreferat aber in seiner Struktur erhalten geblieben. Die GAK-Steuerung ist in das Referat integriert worden, was inhaltlich sehr sinnvoll ist.

Finanzieller Vollzug

- Die EAGFL-Mittel konnten weitestgehend verausgabt werden. Durch die Veränderungen der Kofinanzierungssätze wurden aber deutlich weniger öffentliche Mittel eingesetzt als ursprünglich geplant.
- In der Dorferneuerung und im Küstenschutz wurden deutlich mehr Mittel ausgegeben als geplant. Daneben gab es viele Haushaltslinien, die unter dem Plansoll lagen. Dazu gehörten die investiven Sekturmaßnahmen, aber auch die flächenbezogenen Agrarumweltmaßnahmen.
- Im Gegensatz zu anderen Bundesländern verfügte Schleswig-Holstein in vielen Maßnahmenbereichen v. a. des Förderschwerpunktes B „Ländliche Entwicklung“ noch über zusätzliche nationale Mittel, mit denen v. a. die kleinteiligeren privaten Maßnahmen umgesetzt wurden.
- Zusätzliche Mittel für ZAL standen Schleswig-Holstein im Rahmen der fakultativen Modulation zur Verfügung. Diese führten zu einer deutlichen finanziellen Mittelaufstockung der Agrarumweltmaßnahmen.
- Das Verhältnis zwischen Erster und Zweiter Säule in Schleswig-Holstein lag 2006 bei 80 zu 20. Damit haben die Entwicklungen in der 1. Säule einen maßgeblichen Einfluss auf die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe. Verglichen mit anderen Bundesländern sind auch die errechneten sektoralen Förderintensitäten aus den sektorbezogenen 2.-Säule-Zuwendungen je Betrieb und je ha LF sehr gering.
- ZAL war neben dem Arbeitsmarktprogramm (ASH) das einzige Programm in Schleswig-Holstein mit einem flächendeckenden Förderangebot. Trotzdem bildeten sich klare räumliche Schwerpunkte im Norden Schleswig-Holsteins heraus. Am geringsten profitierten die Hamburger Umlandkreise von ZAL, auch ein Ausdruck des ausgleichsorientierten und auf ländliche Räume fokussierten Ansatzes von ZAL.
- Inhaltlich und finanziell lag ein Schwerpunkt der ZAL-Förderung auf Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung. Rund 22 % der öffentlichen Mittel flossen in umweltbezogene Maßnahmen und nur ein Zehntel der Mittel in die Sektorförderung.

2.1 Einleitung

Ziel dieses Kapitels ist es,

- die Ex-post-Bewertung hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihres Verhältnisses zu den vorangegangenen Evaluationen einzuordnen,
- einen Überblick über die Programmstruktur und wesentliche Einflussfaktoren zu geben,
- einen Überblick über die an der Abwicklung beteiligten Stellen zu vermitteln sowie

- den finanziellen Vollzug des Programms und seine Bedeutung im Kontext der schleswig-holsteinischen regionalen und sektoralen Förderpolitik darzustellen.

2.2 Ziel, Zweck und Organisation der Ex-Post-Bewertung

2.2.1 Ziel und Zweck der Ex-post-Bewertung

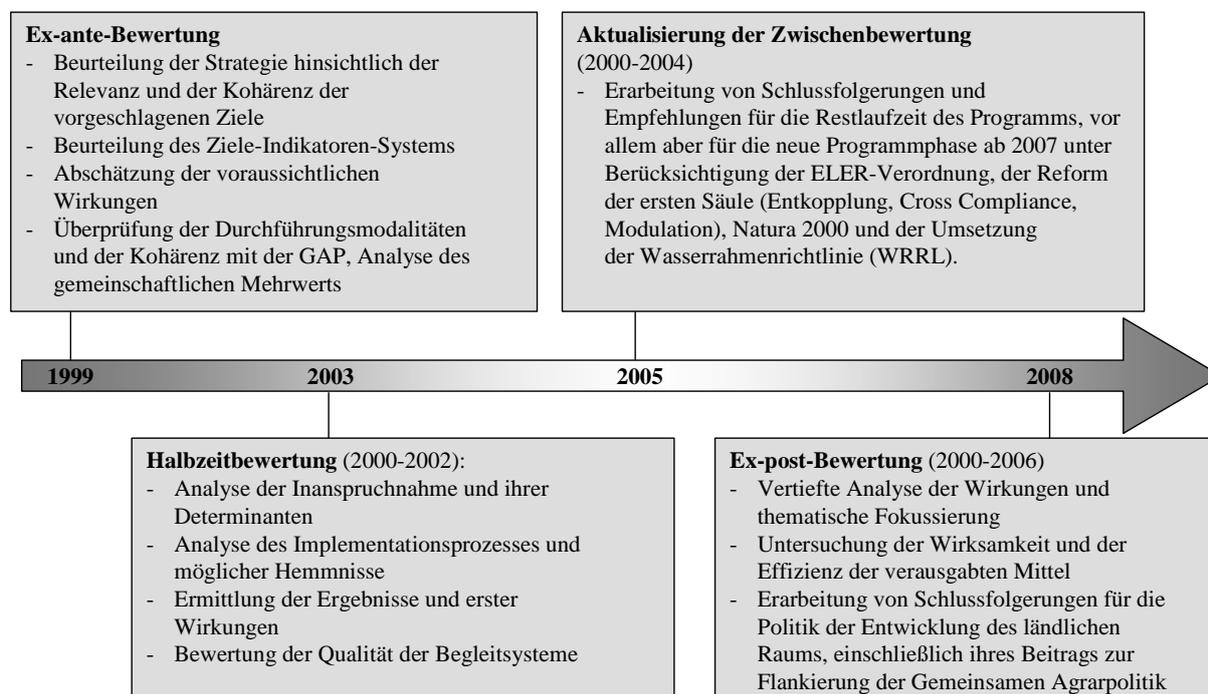
Der Bewertungsleitfaden der EU-Kommission (2000) ist analog zu den vorangegangenen Evaluierungsstudien das formale und inhaltliche Gerüst der Ex-post-Bewertung. Ihre Funktionen sind aus Sicht der EU-Kommission folgende:

- Die Ex-post-Bewertung gibt Antwort auf die Bewertungsfragen und untersucht insbesondere die Verwendung der Mittel, die Wirksamkeit und Effizienz der Förderung und die Wirkungen auf die prioritären Zielbereiche der EU (gemeinschaftlicher Mehrwert) (EU-KOM, 1999, S. 8).
- Sie zieht Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume und kann Hinweise für die Diskussion um den Health Check¹ sowie die Ausgestaltung der Förderperiode ab 2014 liefern.

Die Ex-post-Bewertung baut auf den methodischen Ansätzen und Ergebnissen der Halbzeitbewertung (FAL et al., 2003) und der Aktualisierung der Halbzeitbewertung (FAL et al., 2005) auf (vgl. Abbildung 2.1). Im Gegensatz zu vorhergehenden Bewertungen liegt der Schwerpunkt der Ex-post-Bewertung auf einer vertieften Analyse der erreichten Wirkungen (auch im Verhältnis zu den hierzu eingesetzten Mitteln). Aussagen zur Effizienz der Politik für den ländlichen Raum werden abgeleitet. Ergebnisse vorhergehender Bewertungen werden nur insofern in der Ex-post-Bewertung wiederholt, wie sie für das Verständnis der getroffenen Aussagen erforderlich sind. Andernfalls erfolgt ein Verweis auf den entsprechenden Fundort.

Die Ex-post-Bewertung verfolgt einen rückschauenden summativen Ansatz, während die vorhergehenden Evaluierungsphasen und die daraus resultierenden Berichte v. a. die Programmumsetzung begleiten und verbessern sollten (formativer Zweck) (zu den Begrifflichkeiten siehe Eser, 2001).

¹ Die Vorschläge der KOM zum Health Check enthalten z. B. in Anhang II eine exemplarische Liste von Vorhabensarten für die Prioritäten nach Artikel 16a (EU-KOM, 2008). Diesbezüglich würde es sich anbieten, diese mit den Ergebnissen der Ex-post-Bewertungen zu spiegeln, die Aussagen über kosteneffiziente Maßnahmen treffen.

Abbildung 2.1: Analyseschwerpunkte der vorangegangenen Evaluierungen

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Vollzugskontrolle, die Analyse des Outputs, die Diskussion der Zielerreichung sowie die Darstellung von Ergebnissen und Wirkungen umfassen den gesamten Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006. Die verwendeten Daten und Methoden unterscheiden sich je nach Förderkapitel und sind an entsprechender Stelle dargestellt.

2.2.2 Organisation der Bewertung

Die Ex-post-Bewertung von ZAL wurde federführend vom Institut für Ländliche Räume (LR)² gemeinsam mit entera³ und dem Institut für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft (OEF) durchgeführt.

² Das Institut für Ländliche Räume gehörte bis zum 31.12.2007 zur Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL); das Institut für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft war Teil der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft (BFH). Aufgrund der Reorganisation der Ressortforschung des BMELV gehören beide Institute seit dem 01.01.2008 zum Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (vTI).

³ ARUM hat sich mit einem anderen Planungsbüro zusammengeschlossen und arbeitet jetzt unter dem Namen entera.

Eingebunden war die Bewertung von ZAL in einen gemeinsamen Bewertungsansatz mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen sowie den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen (im Folgenden 6-Länder-Bewertung).

Dieser gemeinsame Bewertungsansatz beinhaltete

- die Begleitung der Evaluation durch einen länderübergreifenden Lenkungsausschuss zur Abstimmung von wesentlichen organisatorischen und inhaltlichen Fragen der Evaluation mit den Auftraggebern,
- über die länderspezifischen Bewertungen hinausgehende Vergleiche zwischen den Programmen/Maßnahmen im Rahmen von Workshops und
- die Begleitung der Maßnahmenevaluationen durch länderübergreifende Arbeitsgruppen.

Drei Förderkapitel von ZAL unterlagen einer zentralen, bundesweit durchgeführten Bewertung: Kapitel I „Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben“ (Kapitel 3 im vorliegenden Bericht), Kapitel V „Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten“ (Kapitel 5 des vorliegenden Berichts) und Kapitel VII „Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ (Kapitel 7 des vorliegenden Berichts). Erstellt wurden die Berichtsmodule vom Institut für Betriebswirtschaft, dem Institut für Ländliche Räume und dem Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik (alle vTI-zugehörig).

2.2.3 Berichtsstruktur der Ex-post-Bewertung

Der Bericht zur Ex-post-Bewertung besteht aus einem Textband, der für alle Förderkapitel und das Gesamtprogramm die Beantwortung der Bewertungsfragen enthält. Darüber hinaus gibt es für einzelne Förderkapitel ausführlichere Darstellungen zum Untersuchungsdesign, zu Kalkulationsgrundlagen, ausgewählten Themen oder Teilmaßnahmen (siehe Tabelle 2.1).

Tabelle 2.1: Berichtsstruktur der Ex-post-Bewertung von ZAL

Textband-Kapitel	Inhalt des Materialbandes
2 – Einleitung	---
3 – Berufsbildung	---
4 – Einzelbetriebliche Förderung	Fragebögen, Ergebnistabellen, vertiefende Studien zu verschiedenen Themen (Umweltwirkungen, tiergerechte Haltungsformen, Arbeitsmarkteffekte, Agrarstruktur-entwicklung, Einkommensentwicklung)
5a – Benachteiligte Gebiete	Daten- und Übersichtstabellen
5b – Ausgleichszahlungen Art. 16	---
6 – Agrarumweltmaßnahmen	Modulberichte: Flächennutzung, Ökoeffizienz, Akzeptanz, Landschaftsbild
7 – Verarbeitung und Vermarktung	---
8 – Forstwirtschaft	1 Ausführliche Beantwortung der Bewertungsfragen, 2 Fragebogen der Beraterbefragung, 3 Gesprächsleitfaden der Projektleiterbefragung
9 – Artikel-33-Maßnahmen	Bewertungstexte der einzelnen Maßnahmen, ergänzende Studien der Maßnahmenbewertungen
10 – Kapitelübergreifende Bewertung	Fallstudienberichte: 1 Einflussfaktoren der Grünlandentwicklung 2 Analyse der Implementationskosten 3 Umweltwirkungen der Förderung von Biogasanlagen

Quelle: Eigene Darstellung.

2.3 Was passierte im Programmumfeld? - Einflussfaktoren auf die Programmstruktur

Verschiedene Einflussfaktoren sind denkbar, die Programmänderungen nach sich ziehen. Dazu gehören Veränderungen im rechtlichen Rahmen (z. B. in der Umweltgesetzgebung), Katastrophenereignisse wie Hochwasser oder Stürme, politisch veränderte Prioritätensetzungen, Abweichungen von den ursprünglichen Planungen oder finanzielle Engpässe aufgrund der insgesamt schwierigen Haushaltssituation.

ZAL wurde seit 2001 kontinuierlich angepasst, wobei die grundsätzliche Ausrichtung beibehalten wurde. Der Schwerpunkt lag in starkem Maße auf ländlichen Entwicklungsmaßnahmen, vorrangig umgesetzt im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE). Daneben wurden umfangreiche Mittel im Küstenschutz verausgabt und aufgrund des Sommerhochwassers 2002 zusätzlich im Hochwasserschutz. Neue Schwerpunkte kamen in erster Linie im Rahmen der fakultativen Modulation hinzu. Diese

führte zum einen zu einer deutlichen finanziellen Aufstockung, aber auch zu einer inhaltlichen Ausweitung der Agrarumweltmaßnahmen.

Dennoch handelte es sich bei den vorgenommenen Programmänderungen zumeist um inhaltliche Feinjustierungen, Anpassungen an GAK-Änderungen oder finanzielle Umschichtungen aufgrund des unterschiedlichen Mittelabflusses oder der knapper werdenden Kofinanzierungsmittel (siehe Kapitel 2.5).

2.3.1 Programmausgestaltung von 2000 bis 2006

Tabelle 2.2 stellt die angebotenen Maßnahmen im Laufe der Jahre 2000 bis 2006 sowie relevante inhaltliche Veränderungen in diesem Zeitraum dar. Darüber hinaus wird dargestellt, in welcher Weise das Programm 2000 bis 2006 in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 seine Fortsetzung findet.

In Tabelle 2.2 werden nur die aus Programmsicht wesentlichen Programmanpassungen vorgestellt. Einzelheiten zu den vorlegten Änderungsanträgen der Fondsverwaltung an die EU-KOM können den Maßnahmenevaluationen entnommen werden.

Tabelle 2.2: ZAL – Rückblick und Ausblick

Förderschwerpunkt	Kapitel	Haushaltsintenzion	Maßnahmentitel	GAK	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
A: Produktionsstruktur	I	a1	Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben	⊕				+ Förderung reg. Energien				121, Diversifizierung als 311
	III	c1	Berufsbildung						+ zusätzliche Zielgruppen			
	VII	g1, g2	Verarbeitung/ Vermarktung	⊕							111	123
		m1	Vermarktung ldw. Qualitätsprodukte		keine Mittelanspruchnahme							
B: Ländliche Entwicklung	IX	k1	Flurbereinigung	⊕								125
		n1	Dienstleistungseinrichtungen									321(3)
		n2	Biomasse und Energie			neu						321(1)
		o1/o2	Dorferneuerung									322
		o3	Neubau von Abwasserbereinigungsanlagen	⊕								321(2)
		p1/p2	Diversifizierung									321(1)
		r1	AEP, LSE	⊕								341
		r2	Landwirtschaftsnahe Infrastruktur (Wegebau)	⊕								125
		s1, s2	Fremdenverkehr	⊕								313
u1, u2	Küstenschutz/Hochwasserschutz	⊕				+ Hochwasserschutz				126		
C: Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichsmaßnahmen sowie Forstwirtschaft	V	e1	Ausgleichszahlung Artikel 16						Ausweitung Gebietskulisse			213
		e2	Ausgleichszulage, benachteiligte Gebiete	⊕								212
	VI	fi	Agrarumweltmaßnahmen (MSL) - alt	⊕		+ Grünlandextensivierung	- Teilmaßnahmen	+ Teilmaßnahmen			1)	214
		fi	Agrarumweltmaßnahmen (MSL) - Modulation	⊕								neue Antragstellung ab 2008
		f2, f3	Vertragsnaturschutz, Halligprogramm				+ Teilmaßnahmen	+ Teilmaßnahmen („Rastplätze für wandernde Vogelarten“)	wie e1			214
	VIII	h1, h2	Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen	⊕								221
		i1	Waldhilfsprogramm	⊕				+ Teilmaßnahmen				227
		i2	Maßnahmen zur ökologischen Stabilisierung der Wälder									
IX	t1, t2	Schutz der Umwelt, Landschaftspflege, Tierschutz	⊕								323 (2+3)	

Maßnahmenangebot

+ Einführung zusätzlicher Teilmaßnahmen
- Abschaffung von Teilmaßnahmen

⊕ GAK-finanziert
⊕ teilweise GAK-finanziert

1) Tlw. ausgesetzt, tw. Verlängerung für 1 Jahr möglich.

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage der Programmplanungsdokumente bzw. Programmänderungen.

2.3.2 Welches waren die Hauptursachen für inhaltliche Anpassungen?

Neben Fragen der Akzeptanz⁴, die zu inhaltlichen Änderungen geführt haben, lagen Ursachen der inhaltlichen Veränderungen vor allem an der EU-Umweltgesetzgebung und der Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Mit zeitlicher Verzögerung schlugen sich die Veränderungen auf EU-Ebene auch auf Bundes- und Landesebene nieder.

Natura 2000 und WRRL

Es haben sich zwar vielfältige umweltrechtliche Bestimmungen EU-seitig in den Jahren 2000 bis 2006 verändert (z. B. Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie, Nitratriichtlinie, Ammoniakrichtlinie). Inhaltliche Veränderungen im Programm gab es aber v. a. aufgrund von Natura 2000. Die Verurteilung Deutschlands aufgrund defizitärer Gebietsmeldungen für das Natura-2000-Netz hat bewirkt, dass viele Gebiete auch in Schleswig-Holstein nachgemeldet werden mussten. Mit dem Änderungsantrag 2003 wurden in Schleswig-Holstein Gebiete, die 2002 als Naturschutzgebiet unter Schutz genommen wurden, in die Förderkulisse für „Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen“ aufgenommen. Diese Ausweitung der Förderkulisse galt gleichermaßen auch für den Vertragsnaturschutz (MLR, 2003). Die WRRL, die schon 2000 bis 2006 im Rahmen der Fließgewässerrenaturierung aufgegriffen wurde, hat zu keinen inhaltlichen Änderungen beispielsweise im Angebot der AUM geführt. Eine stärkere Berücksichtigung der Erfordernisse aus der WRRL findet erst im neuen Programm 2007 bis 2013 statt.

GAP-Reform und Modulation

Mit der GAP-Reform im Juni 2003 wurde die Verschränkung der 1. und 2. Säule weiter vorangetrieben, zum einen durch neue Maßnahmen und zum anderen durch zusätzliche Mittel im Rahmen der Modulation. Die EU-Vorgaben wurden im nationalen Kontext entsprechend aufgegriffen, in Gesetze gekleidet und durch Anpassungen und Erweiterungen der GAK den Ländern als Förderangebot zur Verfügung gestellt.

Das nationale Modulationsgesetz ermöglichte ab 2003 ein erweitertes Angebot von Maßnahmen im Agrarumweltbereich. Das darauf abgestimmte und erweiterte Förderangebot des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) hatte zur Folge, dass im Rahmen der fakultativen Modulation im Jahr 2003 neue Förderatbestände bei den Agrarumweltmaßnahmen aufgenommen wurden. Schleswig-Holstein hat aus dem Spektrum möglicher Maßnahmen sechs Maßnahmen mit einem fünfjährigen Verpflichtungszeitraum angeboten. Die neuen Maßnahmen waren vorrangig für Ackerflä-

⁴ Die Frage der Akzeptanz bezieht sich sowohl auf eine geringe Nachfrage als auch auf einen Nachfrageüberhang in Bezug zu den zur Verfügung stehenden Mittel.

chen konzipiert, während die in ZAL vorher angebotenen Agrarumweltmaßnahmen vorrangig auf Grünland zielten.

Stärkung des territorialen Ansatzes

Mit der ersten Revision der 2. Säule der GAP im Jahr 2003 hat sich das potenzielle Maßnahmenspektrum nicht nur hinsichtlich einer stärkeren Flankierung der GAP-Reform, sondern auch hinsichtlich eines stärkeren territorialen Ansatzes verändert. Den neuen Rahmen der Verordnung (VO (EG) Nr. 1783/2003) aufgreifend, hat die GAK u. a. den Fördergrundsatz „Integrierte ländliche Entwicklung“ im Rahmenplan 2004 bis 2007 mit erweitertem Maßnahmenspektrum aufgenommen. Schleswig-Holstein hat dieses erweiterte Maßnahmenspektrum im Rahmen der bestehenden Richtlinie zur Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung und auf der Grundlage des GAK-Fördergrundsatzes umgesetzt. Auf dieser Basis konnten folgende Instrumente der integrierten ländlichen Entwicklung geregelt werden:

- Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (LSE I + II, Sonderstudien),
- Regionalmanagement,
- ländliche Regionalentwicklung,
- ländliche Neuordnung (Flurbereinigung) sowie
- freiwilliger Landtausch.

Die wesentlichen Neuerungen durch diese Richtlinie für den Bereich der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung lagen in der Gliederung der Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte in LSE I + II und Sonderstudien sowie in der Förderung von Regionalmanagement. Letzteres wurde als Fördergegenstand komplett neu aufgenommen.

2.3.3 2007 bis 2013 – Kontinuität mit einzelnen Neuerungen

Da sich die maßnahmen- und programmbezogenen Empfehlungen der Ex-post-Bewertung in starkem Maße auf diejenigen Programmbestandteile konzentrieren, die in der Förderperiode 2007 bis 2013 fortgeführt werden, wird in Tabelle 2.2 ein grober Vergleich beider Programme vorgenommen, ohne auf die inhaltlichen Details einzugehen. Die meisten Maßnahmen werden im ZPLR fortgesetzt. Nicht mehr angeboten werden entsprechend den Empfehlungen des Landesrechnungshofes Maßnahmen zur ökologischen Stabilisierung der Wälder (LRH, 2007). Neu hinzugekommen ist die Maßnahme 341, mit der zum einen Qualifizierungsmaßnahmen für Wirtschaftsakteure und zum anderen gezielte Qualifizierungsangebote für die Teilmaßnahme Biomasse und Energie angeboten werden sollen. Gänzlich neu aufgestellt wird die Förderung der Achse-3-Maßnahmen in Verbindung mit LEADER. Neben Mecklenburg-Vorpommern ist Schleswig-Holstein das einzige

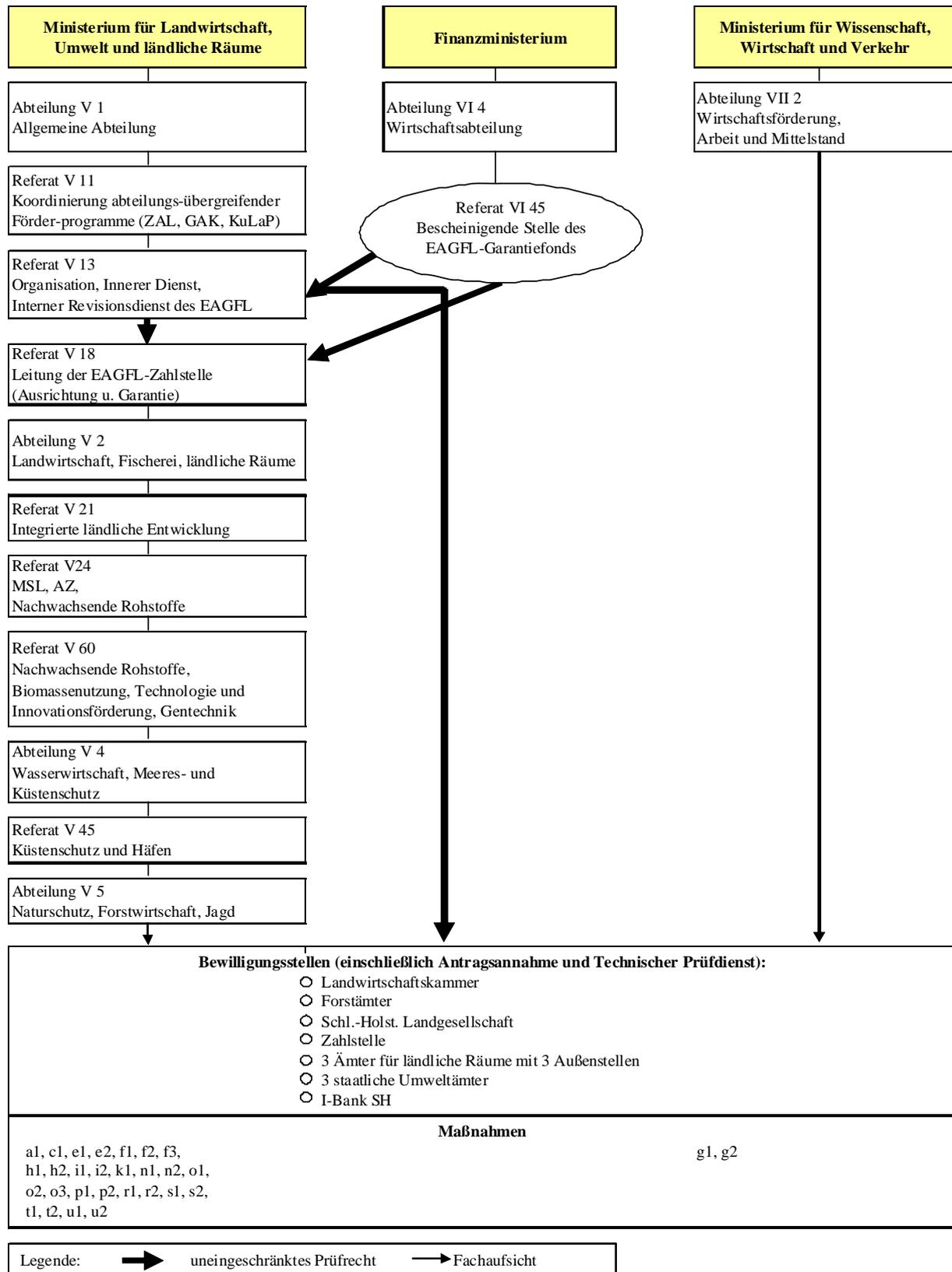
Bundesland, das LEADER flächendeckend umsetzt und in dem die Achse-3-Maßnahmen weitgehend mit diesem Ansatz umgesetzt werden sollen (Tietz, 2007). Darüber hinaus wird der strategische Ansatz aufgegeben, innerhalb von Achse 3 ausschließlich öffentliche Träger zu fördern und die Förderung der Privaten ohne EU-Finanzierung abzuwickeln. Zumindest die Öffnung für private Zuwendungsempfänger ist im ZPLR beispielsweise bei der Maßnahme Dorferneuerung vorgesehen. Hier stellt sich die Frage, wie sich dies zukünftig auf die Höhe der Verwaltungskosten auswirkt.

2.4 Organisation der Programmdurchführung

Im Zeitraum 2000 bis 2006 fand eine Reorganisation der Programmdurchführung vorrangig auf Ministeriumsebene statt. Infolge der Landtagswahlen am 20.02.2005 und der veränderten Landesregierung wurde ein neues gemeinsames Landwirtschafts- und Umweltministerium gebildet, auf das die wesentlichen Zuständigkeiten übergingen. Die Haushalts- und Koordinierungsaufgaben der GAK wurden der ZAL-Programmkoordination zugeordnet, was aufgrund der inhaltlichen Überschneidungen sehr sinnvoll ist.

Abbildung 2.2 stellt die organisatorische Struktur der Programmumsetzung mit Stand 01.06.2005 dar. Diese Umsetzungsstruktur wurde auch bei der Analyse der Implementationskosten (siehe Materialband zu Kapitel 10) zugrunde gelegt.

Abbildung 2.2: Organisation der Programmumsetzung, Stand 01.06.2005



Quelle: Fährmann, Grajewski und Pufahl (2005, S. 4).

Schleswig-Holstein verfügt aufgrund seiner geringen Größe nur über einen zweistufigen Verwaltungsaufbau. Veränderungen in der Struktur der Landesverwaltung stehen bevor. So sollen zum 01. Januar 2009 das Landesamt für Natur und Umwelt (LANU), die Ämter für ländliche Räume und die Staatlichen Umweltämter in ein neues Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume überführt werden. Bereits zum 01. Januar 2008 wurden der neue Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz sowie die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten gegründet, der hoheitliche Pflanzenschutz wurde auf die Landwirtschaftskammer übertragen. Für wasserrechtliche Vollzugsaufgaben wurden die Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Damit ist auch die Frage der Kommunalisierung von Aufgaben im Fördergeschäft geklärt. Nach wie vor ist eine Fachverwaltung für die Umsetzung der meisten Maßnahmen zuständig (MLUR, 2008d).

2.5 Finanzielle Planung und Vollzug im Bereich der ländlichen Entwicklung 2000 bis 2006

2.5.1 Finanzielle Umsetzung von ZAL

Das Bundesland Schleswig-Holstein musste seine ursprünglichen finanziellen Planungen deutlich nach unten korrigieren. Dabei sind die Soll-Ist-Abweichungen bei den öffentlichen Mitteln insgesamt wesentlich größer als bei den EAGFL-Mitteln, da mit dem Änderungsantrag 2004 die Kofinanzierungssätze bei vielen Maßnahmen heraufgesetzt wurden.⁵ Im Jahr 2006 wurden die Mittel der obligatorischen Modulation in ZAL integriert. Die EU-KOM hatte mit der Entscheidung vom 19.12.2005 die Mittel der obligatorischen Modulation auf die Mitgliedstaaten verteilt. Nach dem zwischen Bund und Ländern ausgehandelten Verteilungsschlüssel entfielen auf Schleswig-Holstein 6,7 Mio. Euro für das Jahr 2006 (Schleswig-Holsteinischer Landtag, 2006). Damit erhöhte sich der Plafonds im Jahr 2006. Durch den zusätzlichen Einsatz der Vorschussmittel des Jahres 2000 im Jahr 2006 konnten damit rund 47 Mio. Euro an EAGFL-Mitteln bzw. 93 Mio. Euro öffentliche Mittel abgerechnet und damit ein absoluter Förderhöchststand erreicht werden (siehe Tabelle 2.3).

⁵ Für alle Maßnahmen des EPLR, für die eine 40-prozentige Kofinanzierung galt, wurde mit Ausnahme der Haushaltlinie a (AFP) eine 50-prozentige Kofinanzierung festgelegt. Bei den Agrarumweltmaßnahmen erhöhte sich der Kofinanzierungssatz von 50 % auf 60 % (IM, 2004).

Tabelle 2.3: Zeitliche Planerfüllung des Mittelabflusses in Schleswig-Holstein 2000 bis 2006

KOM-Entscheidung		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000-2006
Öffentliche Ausgaben, Mio. Euro insgesamt									
Plan:EPLR	K (2000) 2625 endg.	72,88	72,88	80,26	84,22	85,94	87,88	89,52	573,57
Plan: Änderung 2003	geplant	51,82	57,69	77,28	85,34	86,16	88,12	89,82	537,12
Bundestabelle	Nov. 2004	51,49	55,75	76,12	76,52	69,74	73,88	75,35	478,84
Ist: Auszahlungen ^{1) 2)}		41,03	55,25	77,08	76,51	69,14	76,20	93,15	488,36
EU-Beteiligung, Mio. Euro insgesamt									
Plan: EPLR	K (2000) 2625 endg.	30,30	30,50	33,50	35,10	35,80	36,60	37,30	239,10
Plan: Änderung 2003	geplant	30,30	30,50	33,50	35,10	35,80	36,60	37,30	239,10
Bundestabelle	Nov. 2004	21,37	23,14	31,72	31,43	34,42	36,70	37,27	216,05
Ist: Auszahlungen ¹⁾		16,86	23,15	31,57	31,42	34,42	38,09	46,66	222,17

1) ohne Vorschuss in 2000.

2) ermittelt auf der Grundlage des jeweils geltenden Kofinanzierungssatzes.

Quelle: BMVEL (2004), Landesregierung Schleswig-Holstein (2000), MLR (2003), MUNL (2003), IM (2005), MLUR (2008b), BMELV (2007b).

Insgesamt wurden rund 7 % weniger EU-Mittel und 15 % öffentliche Mittel weniger verausgabt als ursprünglich geplant (ohne Berücksichtigung der obligatorischen Modulation im Jahr 2006 rund 10 % weniger EU-Mittel und 17 % weniger öffentliche Mittel).

In Tabelle 2.4 wird ein Soll-Ist-Vergleich der EAGFL-Mittel und öffentlichen Mittel nach Förderschwerpunkten und Maßnahmen vorgenommen. Die Unterschiede zwischen den Förderschwerpunkten sind ausgeprägt. Während die Förderschwerpunkte A und C deutlich weniger Mittel verausgaben als geplant, wurde Förderschwerpunkt B stärker in Anspruch genommen.

Tabelle 2.4: EAGFL-Mittel und öffentliche Mittel 2000 bis 2006 zwischen Planungsstand 2000 und Ist 2006

Haushaltslinien	Programm-	Rechnungs-	Programm-	Rechnungs-	Veränderung		Veränderung	
	genehmigung	abschluss	genehmigung	abschluss	Öff. Mittel	EAGFL-Mittel	Öff. Mittel	EAGFL-Mittel
	2000	2000-2006	2000	2000-2006				
	Öff. Mittel in Mio. Euro 2000 bis 2006		EAGFL-Mittel in Mio. Euro 2000 bis 2006		absolut in Mio. Euro		relativ in %	
Förderschwerpunkt A	131,87	41,72	52,73	17,70	-90,15	-35,03	-68	-66
a	105,84	26,14	42,32	10,45	-79,70	-31,87	-75	-75
c	1,19	0,95	0,49	0,42	-0,24	-0,07	-21	-15
g	24,49	14,63	9,78	6,83	-9,86	-2,95	-40	-30
m	0,35	0,00	0,14	0,00	-0,35	-0,14	-100	-100
Förderschwerpunkt B	310,75	349,44	124,31	156,28	38,69	31,97	12	26
k	20,34	19,28	8,13	8,42	-1,06	0,29	-5	4
n	35,13	28,92	14,05	13,63	-6,21	-0,42	-18	-3
o	84,50	124,42	33,81	56,15	39,92	22,34	47	66
p	30,11	13,21	12,06	5,85	-16,90	-6,21	-56	-51
r	16,08	28,74	6,43	12,23	12,66	5,80	79	90
s	18,32	16,57	7,33	7,86	-1,75	0,53	-10	7
u	106,27	118,28	42,50	52,13	12,01	9,63	11	23
Förderschwerpunkt C	130,16	97,24	61,74	48,16	-32,92	-13,58	-25	-22
e	16,20	11,46	8,10	5,74	-4,74	-2,36	-29	-29
f	44,79	23,01	22,40	12,93	-21,78	-9,46	-49	-42
h	12,07	8,28	6,24	4,17	-3,79	-2,08	-31	-33
i	10,48	4,91	5,24	2,45	-5,57	-2,79	-53	-53
Flank. Maßnahmen (2078/2080) ¹⁾	13,34	16,05	6,46	7,97	2,71	1,51	20	23
t	33,28	33,53	13,30	14,90	0,25	1,60	1	12
Sonstiges	0,80	0,79	0,32	0,38	-0,01	0,06	-2	18
Bewertung	0,80	0,79	0,32	0,38	-0,01	0,06	-2	18
Summe	573,58	489,18	239,10	222,51	-84,40	-16,59	-15	-7
Rückforderungen	0,00		0,00	-0,08	0,00	-0,08		
Gesamtsumme ²⁾	573,58	489,18	239,10 #	222,43	-84,40	-16,67	-15	-7

1) Angaben für die flankierenden Maßnahmen 2000 wurden geschätzt auf der Grundlage der Programmänderung 2002.

2) Z.T. Rundungsfehler.

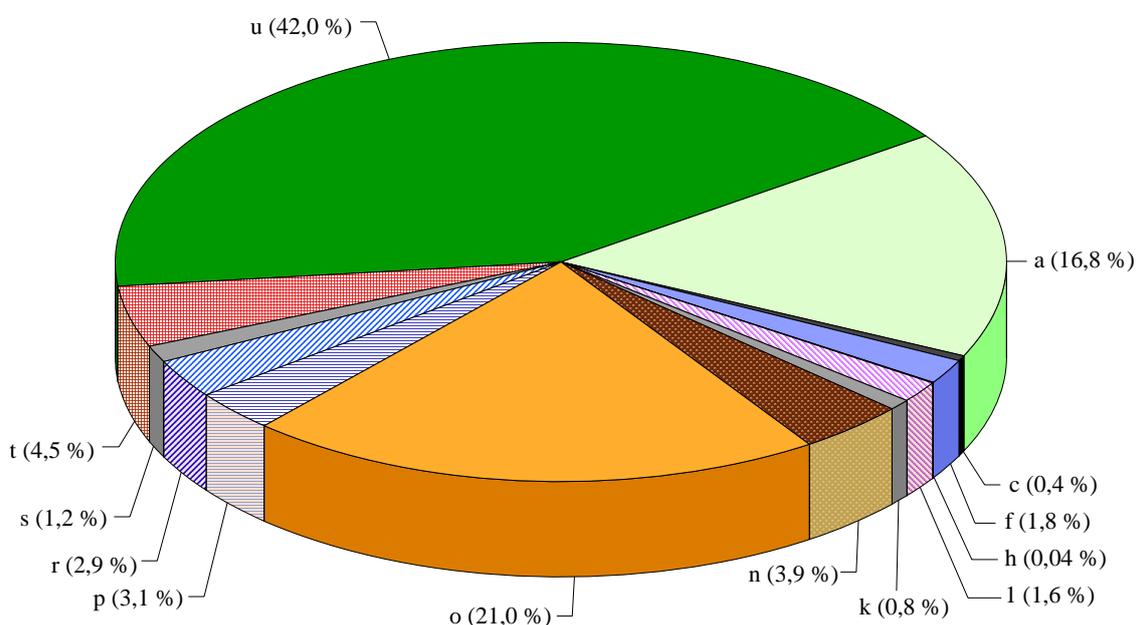
Quelle: Eigene Berechnungen nach Landesregierung Schleswig-Holstein (2000), MUNL (2003), IM (2005), MLUR (2008b), BMELV (2007b).

Auf einzelne Haushaltslinien bezogen sind es vorrangig die Dorferneuerung (o) und der Küsten-/Hochwasserschutz (u), die deutlich mehr Mittel beansprucht haben. Daneben wurden mehr Mittel als geplant für Maßnahmen in den Haushaltslinien t, r und s verausgabt. Alle anderen Haushaltslinien lagen unter dem Plansoll. In absoluten Größen und auch relativ fällt besonders das AFP (Haushaltslinie a) auf. In dieser Haushaltslinie wurden aus verwaltungsökonomischen Gründen mit dem ersten Änderungsantrag 2002 die AFP-Altverpflichtungen aus der Gemeinschaftsbeteiligung herausgenommen. Damit wurde der ZAL-Planansatz für die Haushaltslinie a um rund 28 Mio. Euro öffentliche Mittel (11,3 Mio. EU-Mittel) reduziert (MLR, 2002). Trotz dieser Anpassung wurden immer noch rund 50 Mio. Euro weniger Mittel in Anspruch genommen.

Artikel-52-Maßnahmen

In Schleswig-Holstein standen zusätzliche Mittel zur Verfügung, um Maßnahmen des Programms rein national zu finanzieren (sogenannte Artikel-52-Maßnahmen). Insgesamt sollten laut Änderungsantrag 2004⁶ rund 328 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln eingesetzt werden. Den größten Anteil an den Artikel-52-Maßnahmen hatten der Küstenschutz (u), die Dorferneuerung (o) und die Agrarinvestitionsförderung (a) (siehe Abbildung 2.3).

Abbildung 2.3: Verteilung der Mittelansätze 2000 bis 2006 für Artikel-52-Maßnahmen in Schleswig-Holstein



Quelle: IM (2004).

Fakultative Modulation

Das zur Verfügung stehende Finanzvolumen wurde zusätzlich durch die Einführung der fakultativen Modulation ergänzt (siehe Tabelle 2.5). Auf der Grundlage des Modulationsgesetzes vom 02. Mai 2002 (Modulationsgesetz) wurden in den EU-Haushaltsjahren insgesamt 8,678 Mio. Euro an Prämien der 1. Säule gekürzt. Angeboten wurden sechs Modulationsmaßnahmen, die über ihren fünfjährigen Verpflichtungszeitraum insgesamt 33,8 Mio. Euro beanspruchen werden. Damit reichen die zur Verfügung stehenden Kürzungsmittel einschließlich der 50-prozentigen Kofinanzierung nicht aus, um die eingegangenen fünfjährigen Verpflichtungen in Gänze zu finanzieren. Ein Restbetrag von 9,08 Mio. Euro

⁶ Der Änderungsantrag 2004 enthält den aktuellsten vorliegenden Finanzplan. Über den tatsächlichen Vollzug lagen uns keine Angaben vor.

EU-Mitteln (rund 18 Mio. Euro öffentliche Mittel) muss ab dem Haushaltsjahr 2007 im Rahmen des ZPLR ausfinanziert werden (MLUR, 2007b, S. 245/246).

Tabelle 2.5: Mittelansätze für die fakultative Modulation in Schleswig-Holstein

	2004	2005	2006	2007	2000 bis 2007
Öffentliche Ausgaben, Mio. Euro insgesamt					
Änderung 2003	0,00	6,00	6,00	0,00	12,00
Änderung 2004	0,00	7,70	7,70	0,00	15,40
Bundestabelle Mai 2005	0,00	6,98	6,98	1,96	15,93
<i>Ist: Auszahlungen/Plan</i>	0,00	<i>6,84</i>	<i>6,71</i>	3,81	17,36
EU-Beteiligung, Mio. Euro insgesamt					
Änderung 2003	0,00	3,00	3,00	0,00	6,00
Änderung 2004	0,00	3,85	3,85	0,00	7,70
Bundestabelle Mai 2005	0,00	3,49	3,49	0,98	7,96
<i>Ist: Auszahlungen/Plan</i>	0,00	<i>3,42</i>	<i>3,35</i>	1,91	8,68

Quelle: BMVEL (2005), MLR (2003), IM (2004), BMELV (2008).

2.5.2 Bestimmungsgründe für den finanziellen Vollzug

In diesem Kapitel werden Hinweise auf mögliche Bestimmungsgründe gegeben, warum maßnahmenbezogen die Inanspruchnahme von ZAL in Teilen deutlich von den Planungen des Jahres 2000 abwich. Dabei wird v. a. auf die Ursachen eingegangen, die für mehrere Maßnahmen gleichermaßen relevant waren, z. B. die Maßnahmencharakteristik, die finanztechnischen Vorgaben der EU-KOM, die allgemein knappe Haushaltslage auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene oder die Rahmenbedingungen auf den Agrarmärkten, die die Investitionsneigung positiv oder negativ beeinflussten.

Im Zeitraum 2000 bis 2006 musste auf die insgesamt schlechter werdenden haushalterischen Rahmenbedingungen zur Kofinanzierung reagiert werden. So standen weniger GAK-Mittel zur Verfügung und der Landeshaushalt stand insgesamt unter einem hohen Konsolidierungsdruck. Aber nur in den ersten beiden Jahren sind EU-Kofinanzierungsmittel in größerem Umfang nicht abgeflossen, was z. T. auch auf die späte Plangenehmigung des Jahres 2000 zurückzuführen war. 2004 wurden die Kofinanzierungssätze angehoben, so dass insgesamt eine Entlastung erfolgte. Die Bereitstellung der erforderlichen Kofinanzierungsmittel in den Jahren 2005 und 2006 zur Belegung des im Jahr 2000 gezogenen Vorschusses erfolgte durch Stiftungsmittel, den „Wasserpennig“, Bingo-Lotto-Mittel sowie kommunale Mittel, wobei hiervon die Maßnahmen in öffentlicher Trägerschaft in starkem Maße profitierten.

Fasst man die in Tabelle 2.4 aufgeführten Maßnahmen einschließlich der fakultativen Modulation zu drei Förderkategorien zusammen, dann lagen ausschließlich die ländlichen Entwicklungsmaßnahmen über dem Plansoll, während die beiden anderen Förderkategorien deutlich unter dem Plansoll landeten. Die sektorbezogenen Maßnahmen konnten selbst bei Berücksichtigung der erfolgten Herausnahme der Altverpflichtungen aus der EU-Kofinanzierung nur 41 % der ursprünglich geplanten Mittel in Anspruch nehmen.

Tabelle 2.6: Ist-Soll-Vergleich nach Förderkategorien

Förderkategorien	Ansatz ¹⁾ in Mio. Euro	Ausgaben in Mio. Euro	Mehr-/Minderausgaben in Mio. Euro	Ausgaben in %
Sektorbezogene Maßnahmen (a ²⁾ , c, g, p)	133,98	54,92	-79,06	41
Bewahrung und Verbesserung der (Agrar)-Umwelt (f, f _{mod} , e, t, h, i)	142,16	110,79	-31,37	78
Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume (k, n, o, r, s, u)	280,64	336,23	55,59	120

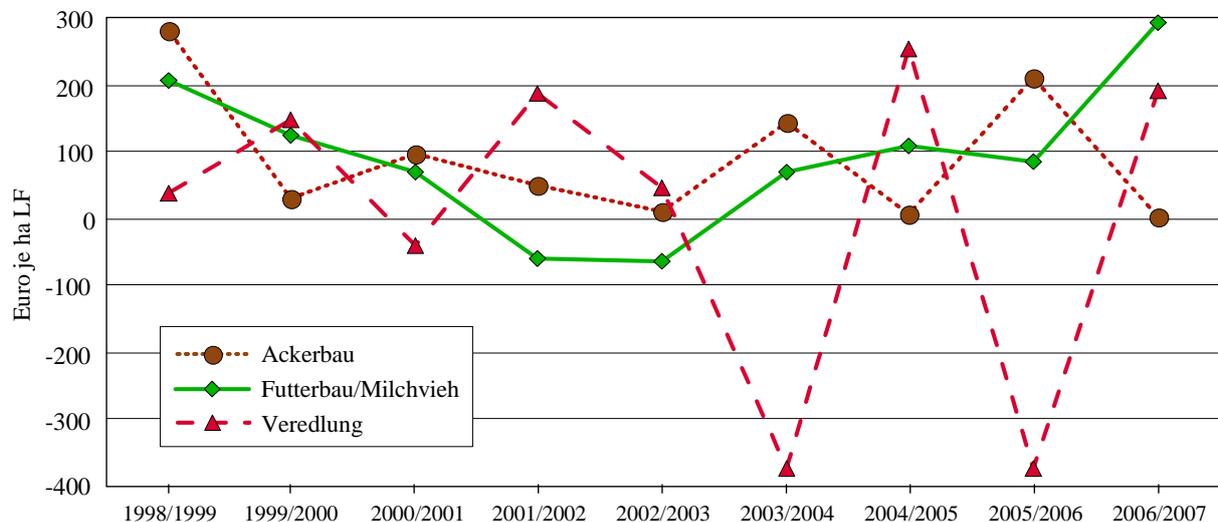
¹⁾ geplante öffentliche Mittel 2000 bis 2006 (Stand Programmgenehmigung 2000) einschließlich Mittelansatz fakultative Modulation gemäß Änderungsantrag 2003.

²⁾ bei Haushaltslinie a wurden die in die rein nationale Kofinanzierung umgeschichteten Altverpflichtungen nicht berücksichtigt.

Quelle: Eigene Berechnungen nach MLR (2003), BMELV (2008), Landesregierung Schleswig-Holstein (2000), MUNL (2003), IM (2005), MLUR (2008b).

Bei den sektorbezogenen Maßnahmen war v. a. eine überschätzte Nachfrage nach Fördermitteln durch potentielle Antragsteller ursächlich. Im landwirtschaftlichen Bereich war u. a. aufgrund der BSE-Krise ein Rückgang der Investitionstätigkeiten v. a. bei den im Vordergrund der Förderung stehenden Futterbaubetrieben zu erkennen (siehe Abbildung 2.4). Seit dem Wirtschaftsjahr (WJ) 2003/2004 steigen allgemein gemäß Testbetriebsnetz die Nettoinvestitionen bei den Futterbau-/Milchviehbetrieben allerdings wieder an. Die Entwicklung der Einschätzung der Landwirte mit Blick auf ihre aktuelle wirtschaftliche Lage und die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen wird auch durch das Konjunkturbarometer Agrar abgebildet. Es zeigt, dass die Einschätzungen der Landwirte im Betrachtungszeitraum starken Schwankungen unterlagen, und dass insbesondere von 2002 bis 2005 ein negatives Stimmungsbild vorherrschte. Seitdem steigt der Index beständig an, was weitgehend einem Spiegelbild der Produktpreisentwicklung auf wichtigen Agrarmärkten entspricht (siehe Kapitel 3). Neben den pessimistischen Erwartungen der Landwirte spielte sicher auch die Förderausgestaltung eine Rolle, da Schleswig-Holstein sowohl beim AFP als auch bei der Marktstrukturförderung mit relativ geringen Subventionswerten förderte.

Abbildung 2.4: Veränderungen der Nettoinvestitionen in den BMELV-Testbetrieben Schleswig-Holsteins von WJ 1998/1999 bis WJ 2006/2007



Quelle: BMELV (versch. Jgg.).

In der Förderkategorie „Bewahrung und Verbesserung der (Agrar)-Umwelt“ wurden rund 80 % der geplanten Mittel verausgabt. Neben Akzeptanzproblemen, die z. T. zu einem geringen Mittelabfluss führten, wie z. B. bei der Erstaufforstung, waren es fehlende Haushaltsmittel, die die Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen teilweise begrenzte. Von den insgesamt zehn MSL-Maßnahmen war nur der Ökolandbau kontinuierlich zumindest für Vertragsverlängerer offen. Im Gegensatz dazu war der Vertragsnaturschutz für Neueinsteiger immer offen (siehe Kapitel 6). Die Akzeptanz bei flächenbezogenen Maßnahmen hing darüber hinaus in starkem Maße auch von der Prämienausgestaltung und der Detailgestaltung der Förderkonditionen⁷ ab.

Die Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume wurden stärker als geplant in Anspruch genommen. Dies lag v. a. an den öffentlichen Dorferneuerungsmaßnahmen und dem Küsten-/Hochwasserschutz im Binnenland. In beiden Maßnahmen bestand ein hoher Bedarf, und darüber hinaus standen ausreichende Fördermittel seitens der Kommunen bzw. der GAK zur Kofinanzierung zur Verfügung. Aufgrund der LSEn gab es auch einen großen Vorlauf in der Projektentwicklung, so dass flexibel auf Minderbedarfe in anderen Maßnahmenbereichen reagiert werden konnte. Gleiches galt für den Küstenschutz, der aufgrund seines planerischen Vorlaufs in größerem Umfang EU-Mittel absorbieren konnte.

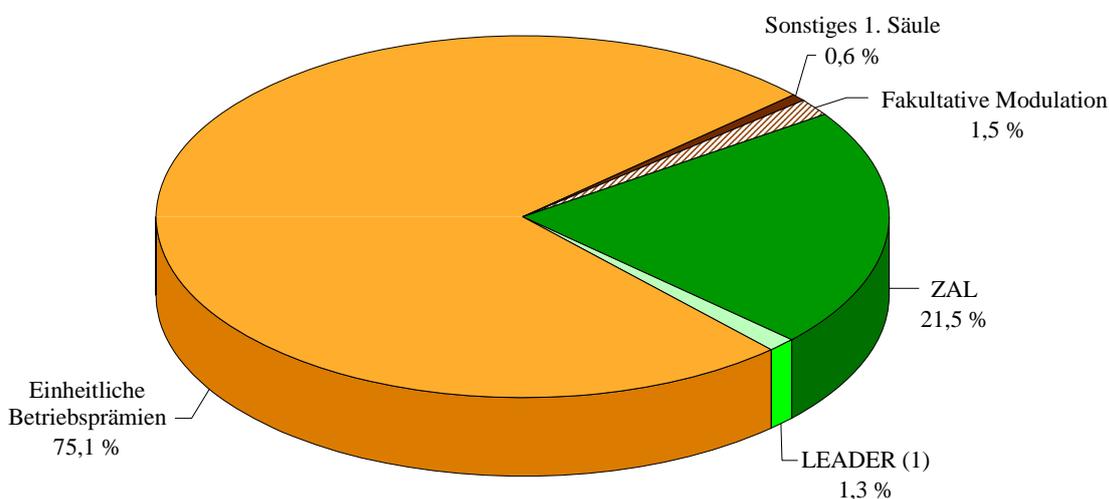
⁷ Im Gegensatz zu anderen Bundesländern war z. B. die betriebszweigbezogene Grünlandextensivierung sehr restriktiv ausgestaltet (siehe Kapitel 6)

2.5.3 Einordnung von ZAL in die Förderpolitik Schleswig-Holsteins

Zum Verhältnis 1. und 2. Säule

Abbildung 2.5 stellt das finanzielle Verhältnis der Zahlungen im Rahmen der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), ZAL- und LEADER+-Zahlungen (öffentliche Mittel insgesamt) gegenüber. Die wesentlichen Mittelflüsse an den landwirtschaftlichen Sektor resultierten im EU-Haushaltsjahr 2006 aus den einheitlichen Betriebsprämien. Der Bereich der 2. Säule umfasste knapp über 20 % der öffentlichen Mittel, davon floss auch ein Teil in Form von Prämien oder Investitionszuschüssen an die Landwirtschaft.

Abbildung 2.5: Verhältnis der 1. Säule zur 2. Säule der GAP in Schleswig-Holstein (auf Basis der Zahlungen (2) im EU-Haushaltsjahr 2006)



(1) Basis Kalenderjahr 2007

(2) EAGFL und zusätzliche öffentliche Mittel.

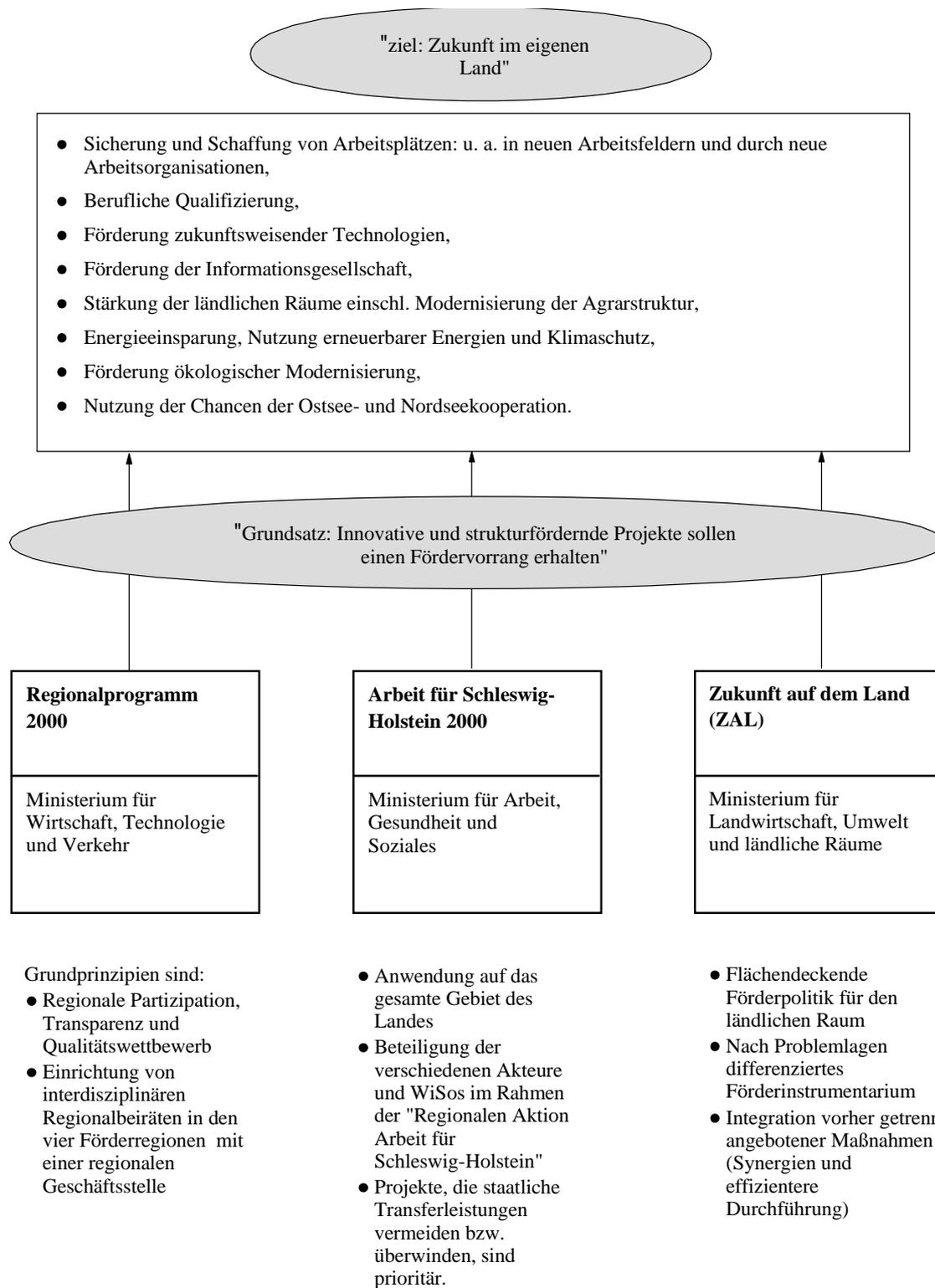
Quelle: Eigene Berechnungen nach BMELV (2008), MLUR (2008a; 2008b).

Auch wenn es zukünftig bei einer Ausweitung der obligatorischen Modulation zu stärkeren Umschichtungen von der 1. in die 2. Säule kommen sollte, bleibt dennoch die große Bedeutung der Zahlungen aus der 1. Säule für die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein bestehen.

ZAL im Kontext anderer Förderprogramme

ZAL war mit dem Regionalprogramm 2000 und Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) in eine gemeinsame Förderstrategie integriert, die unter dem Dach „ziel: Zukunft im eigenen Land“ fungierte (siehe Abbildung 2.6).

Abbildung 2.6: Einordnung von ZAL in die strukturpolitischen Programme des Landes Schleswig-Holstein

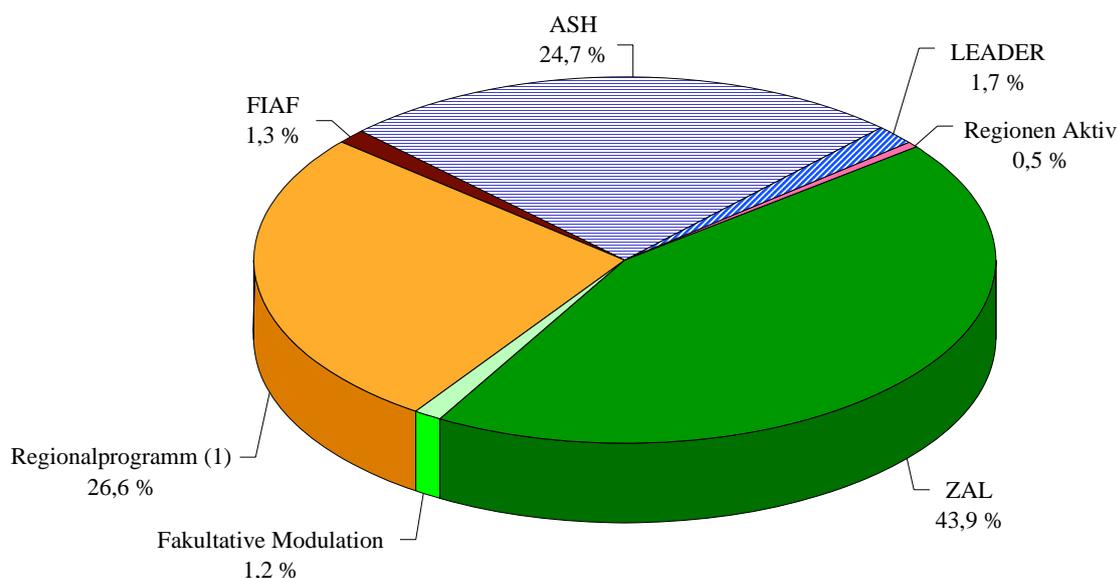


Quelle: Eigene Darstellung nach MLR (1999, verändert).

In der konkreten Abwicklung gab es v. a. Anknüpfungspunkte zwischen ZAL (Förderschwerpunkt B) und dem Regionalprogramm. Viele der Projektideen, die im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen entwickelt wurden, konnten auch über das Regionalprogramm abgewickelt werden. Inhaltlich gab es v. a. Synergien in der Tourismusförderung. Bezogen auf die bewilligten EFRE-Mittel sind rund 30 % in die Förderung der Tourismus geflossen (MWWV, 2008, Anlage 8).

Vorbehaltlich der Interpretationsschwierigkeiten aufgrund der unterschiedlichen Kofinanzierungsregelungen (Anerkennung von privaten Mitteln zur Darstellung der Kofinanzierung) und Finanzbestimmungen (Jährlichkeitsprinzip versus n+2-Regelung) in ZAL und den Strukturfonds beim Vergleich öffentlicher Mittel zeigt Abbildung 2.7 die große Bedeutung von ZAL in der Förderlandschaft Schleswig-Holsteins, gefolgt vom Regionalprogramm und ASH. Insgesamt standen 2000 bis 2006 rund 1,1 Mrd. Euro öffentliche Mittel zur Verfügung.

Abbildung 2.7: Öffentliche Mittel 2000 bis 2006 in ausgewählten schleswig-holsteinischen Förderprogrammen



- (1) Das Problem bei der Ermittlung der öffentlichen Mittel sind die unterschiedlichen finanztechnischen Regelungen der VO (EG) Nr. 1260/1999 und der VO (EG) Nr. 1257/1999. Beim EFRE war es möglich, private Mittel zur Kofinanzierung einzusetzen, während beim EAGFL zwingend eine nationale öffentliche Kofinanzierung erforderlich war. Des Weiteren sind beim EFRE nur die zusätzlichen GA- und Landesmittel enthalten, nicht aber kommunale Mittel, während bei ZAL zumindest im Schwerpunkt B in starkem Maße zur Kofinanzierung auf die Kommunen zurückgegriffen wurde.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Regionale Partnerschaft Uthlande e. V. und Menge (2006), BMELV (2007b; 2008), MJAE (2008), MWTV (2007), ML (2008), MLUR (2008c), Modellregion Lübecker Bucht (2006).

Die inhaltlich ZAL am nächsten stehenden Förderinitiativen LEADER+ und Regionen Aktiv waren insgesamt nur mit einem sehr geringen Budget ausgestattet. Insgesamt standen für diese bottom-up-Ansätze der Regionalförderung rund 25 Mio. Euro zur Verfügung. LEADER+ wurde in der Förderperiode 2000 bis 2006 von sechs Lokalen Aktionsgruppen umgesetzt. Zwei Regionen-Aktiv-Gruppen gab es: die Modellregion Lübecker Bucht und Uthlande auf den nordfriesischen Inseln und Halligen.

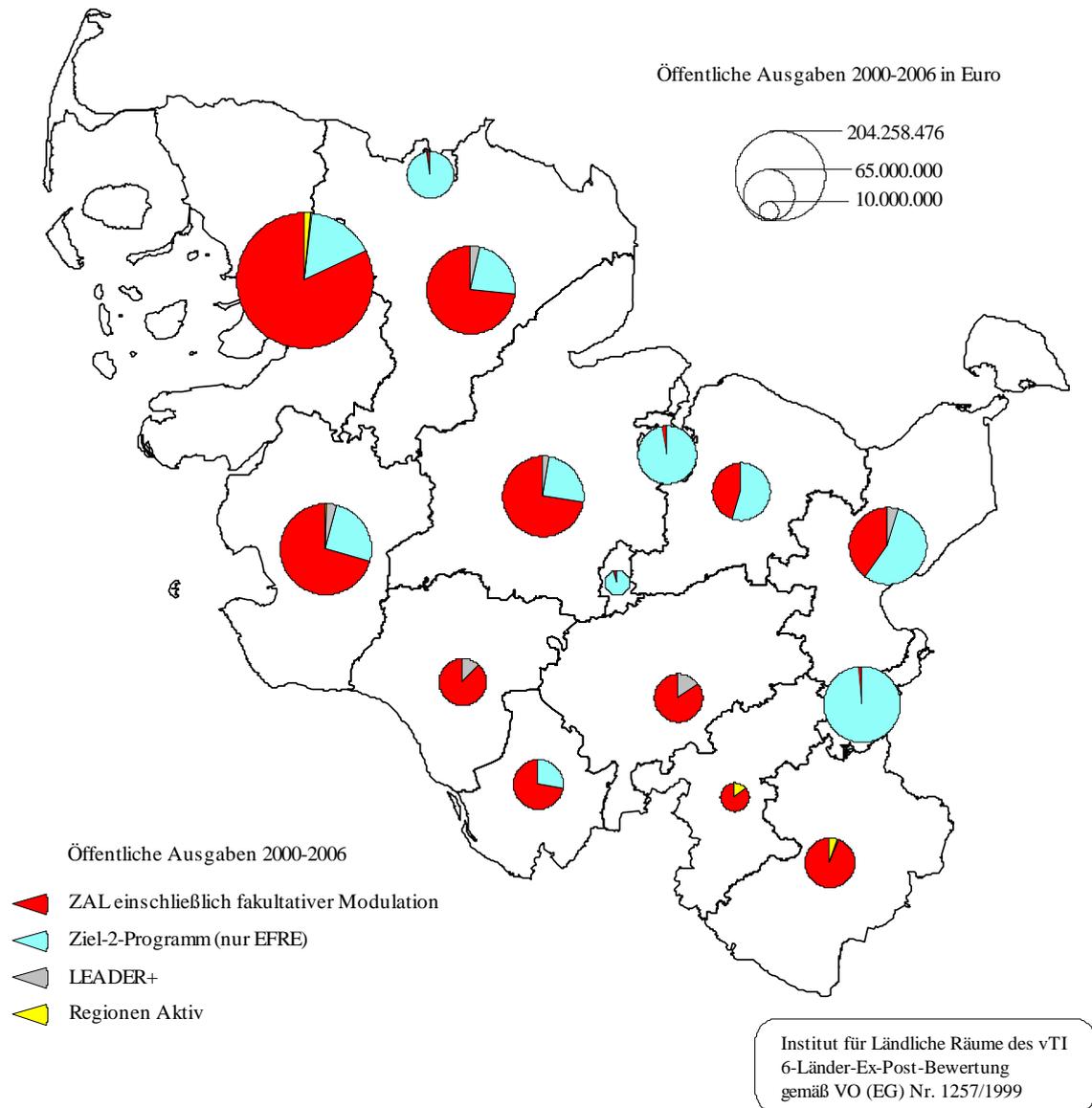
2.6 Regionale Verteilung der Fördermittel 2000 bis 2006⁸

Die räumliche Verteilung der öffentlichen Mittel 2000 bis 2006 in den verschiedenen Förderprogrammen war sehr unterschiedlich. Mit Ausnahme des ASH und des FIAF lagen für die anderen Programme (siehe Abbildung 2.7) Daten auf Kreisebene vor oder konnten näherungsweise Kreisen zugeordnet werden. ZAL war im Kontext der betrachteten Programme das einzige mit einem flächendeckenden Förderangebot. Hier war die Mittelverteilung abhängig von regional unterschiedlichen Bedarfsstrukturen, Maßnahmeninhalten, den Gebietskulissen und den unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen. Die anderen Programme waren alle auf eine abgegrenzte Förderkulisse zugeschnitten.

Der finanzielle Schwerpunkt aller betrachteten Programme lag im Norden Schleswig-Holsteins. Am geringsten waren die Mittelflüsse in den Hamburger Speckgürtel. Rund ein Viertel der betrachteten Programmmittel sind nach Nordfriesland geflossen, gefolgt von Dithmarschen und Schleswig-Flensburg. Dabei spielten auch die hohen Aufwendungen für den Küstenschutz bei den erstgenannten beiden Kreisen eine Rolle.

⁸ Die räumliche Analyse der Finanzströme erfolgte für ZAL und die fakultative Modulation auf der Grundlage von Buchungsdaten der Zahlstelle. Diese wurden in den ersten Jahren auf der Grundlage der Postleitzahl der Zuwendungsempfänger regionalisiert, in den Jahren 2005 und 2006 erfolgte die räumliche Zuordnung über das Feld F207. F207 gibt, genau wie die Postleitzahl, den Wohnsitz des Zahlungsempfängers wieder, an dem dieser steuerpflichtig ist. Wohnsitz und Ort der Projektdurchführung können räumlich auseinander liegen. Bei der Interpretation der Daten ist dies zu beachten. Des Weiteren konnte ein geringer Teil der Daten nicht berücksichtigt werden, z. B. aufgrund des fehlenden Regionalbezugs.

Karte 2.1: Regionale Verteilung der ausgezahlten öffentlichen Fördermittel von ZAL, dem Ziel-2-Programm, LEADER+ und Regionen aktiv 2000 bis 2006



Quelle: Eigene Berechnungen nach MLUR (2007a), MWTV (2007), MLUR (2008c), Regionale Partnerschaft Uthlande e. V. und Menge (2006), Modellregion Lübecker Bucht (2006).

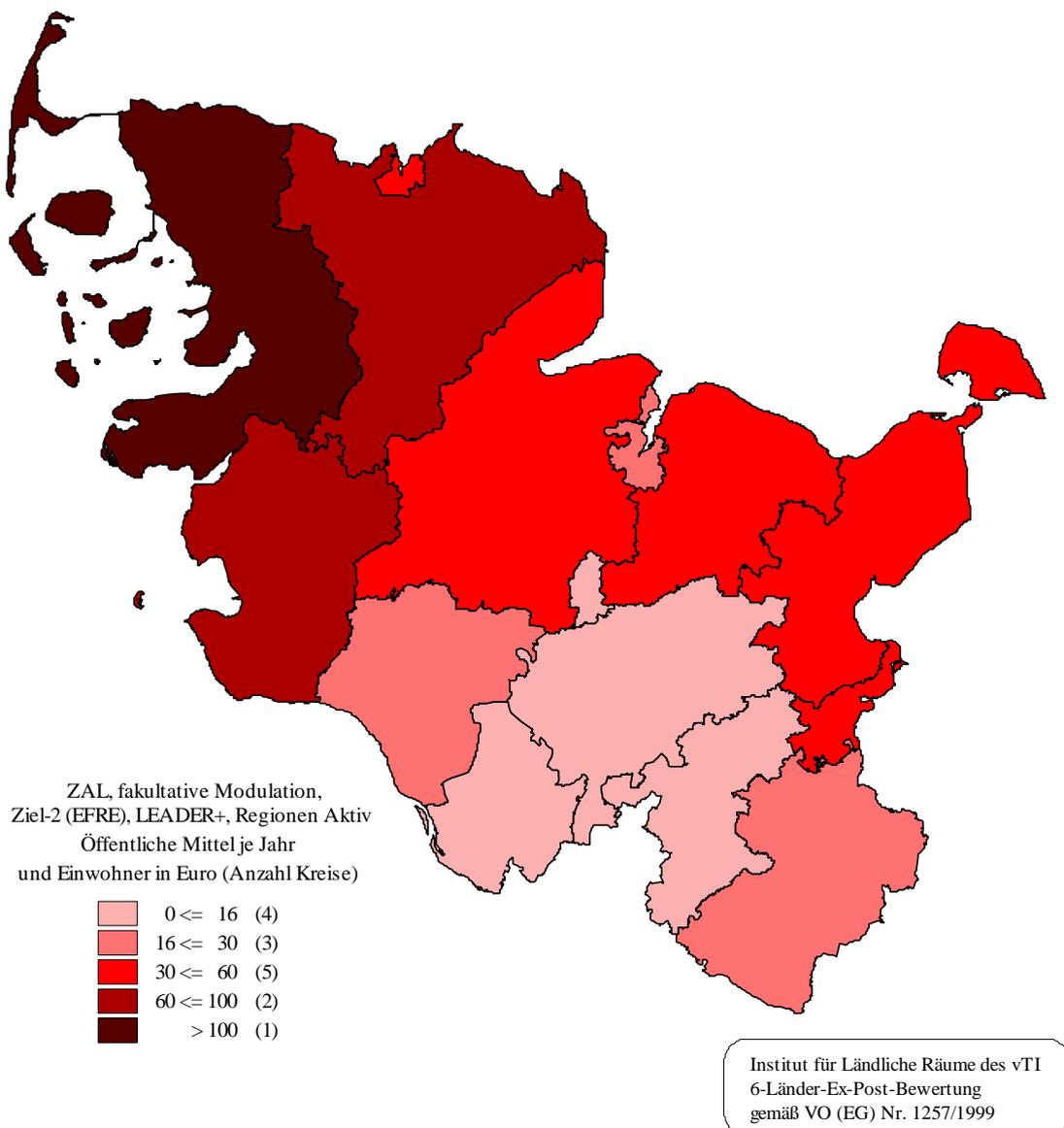
Errechnete einwohnerbezogene Förderintensität

Da die absolute Mittelverteilung alleine aufgrund der unterschiedlichen Größe und Struktur der Kreise (z. B. bezüglich der Einwohnerzahl) wenig aussagekräftig ist, werden in einer weiteren kartographischen Darstellung die öffentlichen Mittel, die regionalisiert werden konnten, in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt.

Im Durchschnitt lagen die kalkulatorischen jährlichen Mittelzuwendungen bei rund 42 Euro je Einwohner. Die höchste so ermittelte Förderintensität wies der Kreis Nordfriesland mit 175 Euro je Einwohner auf. Am unteren Ende lagen Stormarn, Segeberg und Pinneberg sowie die kreisfreie Stadt Neumünster.

Die räumliche Darstellung der Förderintensitäten je Einwohner zeigt deutlich die Konzentration außerhalb der Hamburger Umlandkreise. Dies zeigt, dass tendenziell in der Förderphilosophie des Landes der regionale Ausgleich stärker als Wachstum gewichtet wird.

Karte 2.2: Errechnete einwohnerbezogene Förderintensität von ZAL, dem Ziel-2-Programm, LEADER+ und Regionen Aktiv



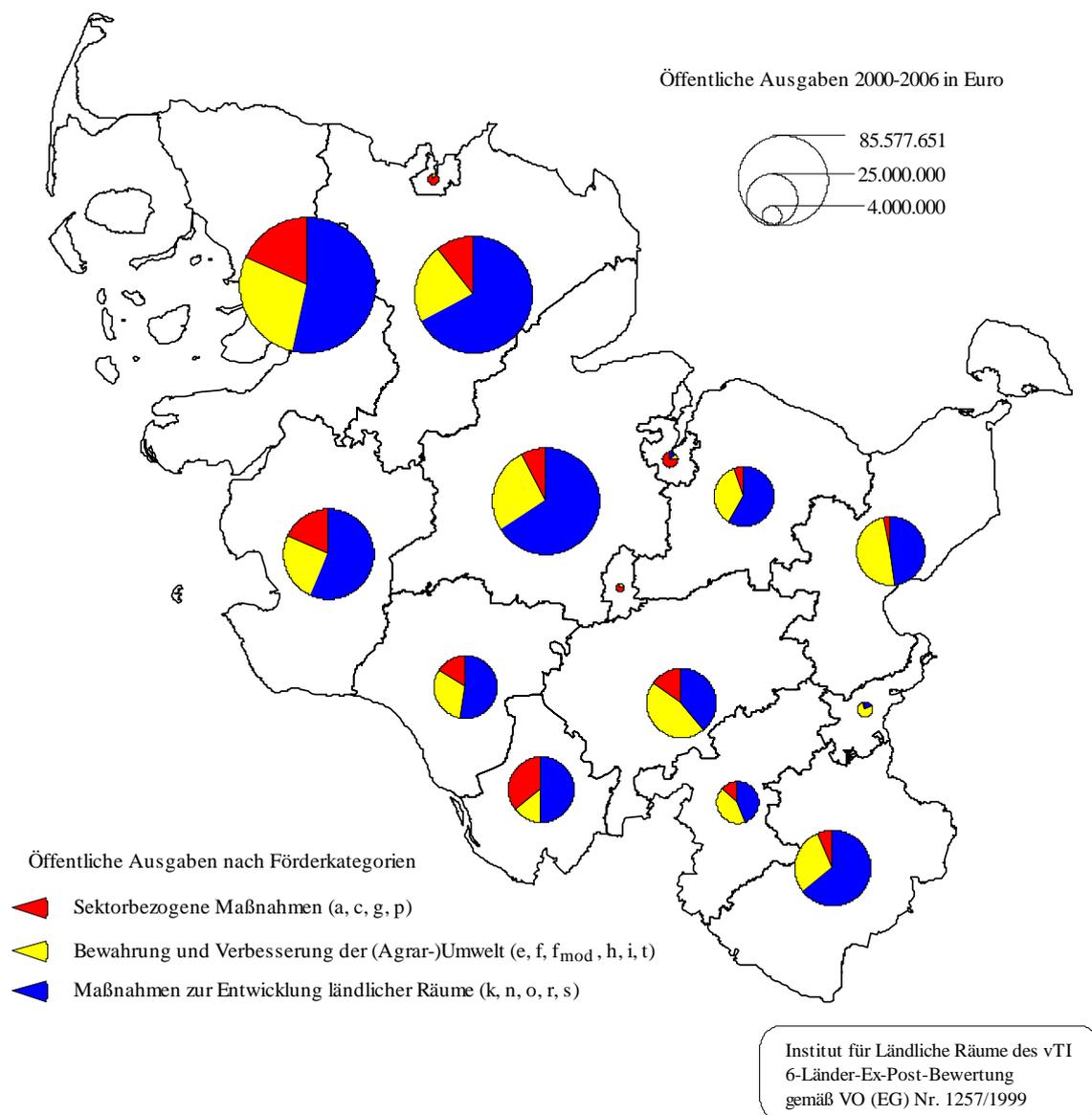
Quelle: Eigene Berechnungen nach MLUR (2007a), MWTV (2007), MLUR (2008c), Regionale Partnerschaft Uthlande e. V. und Menge (2006), Modellregion Lübecker Bucht (2006), Statistikamt Nord (2006).

Räumliche Verteilung der Fördermittel von ZAL einschließlich fakultativer Modulation

ZAL setzte insgesamt unterschiedliche räumliche Schwerpunkte (siehe Karte 2.3). Darüber hinaus ist eine Betrachtung nach Förderkategorien (siehe Tabelle 2.6) aufschlussreich. Die Darstellung der räumlichen Verteilung nach Förderkategorien erfolgte ohne den Küstenschutz. Im Schnitt lag der Anteil der Förderkategorie „Sektorbezogene Maßnahmen“ bei 14 %. Deutliche Abweichungen nach oben finden sich v. a. in den Kreisen, in denen umfangreichere Investitionen in der Maßnahme

Verarbeitung und Vermarktung stattfanden, z. B. in Pinneberg. 29 % der öffentlichen Mittel wurden für flächenbezogene und investive Maßnahmen zur Bewahrung und Verbesserung der Umwelt in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt. Die Anteile an den öffentlichen Ausgaben in dieser Förderkategorie lagen in den Kreisen Stormarn, Segeberg und Ostholstein am höchsten. Die restlichen öffentlichen Mittel flossen in die Förderkategorie „Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume“ (57 %). Kapitel 10 stellt mögliche Bestimmungsfaktoren für die räumliche Verteilung dar.

Karte 2.3: Regionale Verteilung der Fördermittel von ZAL (einschließlich fakulativer Modulation) nach Förderkategorien (ohne u)

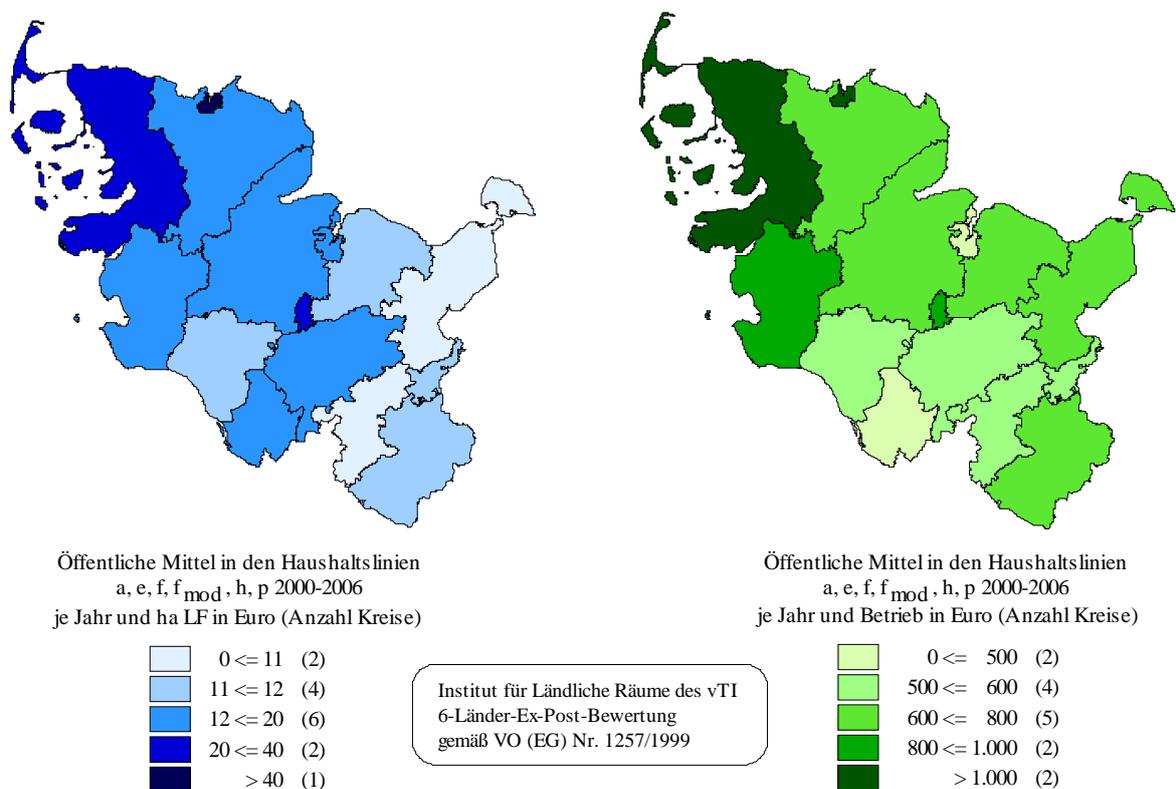


Quelle: Eigene Berechnungen nach MLUR (2007a).

Errechnete sektorale Förderintensitäten

ZAL war ein Programm, das primär auf den ländlichen Raum in einem breiteren Förderkontext abzielte. Ein Teil der Maßnahmen stand aber ausschließlich landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung. Um einen Eindruck über die fiktive sektorale Förderintensität zu erhalten, wurden die Zuwendungen für landwirtschaftsbezogene Maßnahmen (a, e, f, f_{mod} , h, p) in Bezug zur LF und zur Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (Destatis, 2005) in den jeweiligen Kreisen gesetzt (Karte 2.4).

Karte 2.4: Errechnete sektorale Förderintensitäten (Euro je Jahr und Hektar LF bzw. Betrieb)



Quelle: Eigene Berechnungen nach MLUR (2007a), Destatis (2005).

Die so ermittelten jahresdurchschnittlichen Förderintensitäten je Betrieb und je ha LF weisen in Abhängigkeit der Agrarstruktur leicht unterschiedliche räumliche Muster auf. Rund 16 Euro wurden im Durchschnitt je ha LF pro Jahr an öffentlichen Zuwendungen gezahlt; je Betrieb belief sich die durchschnittliche Zahlung auf rund 830 Euro. Deutlicher Spitzenreiter hinsichtlich der sektoralen Förderintensitäten war der Kreis Nordfriesland. Aufgrund der Schwerpunktsetzung in ZAL auf ländliche Entwicklungsmaßnahmen waren allerdings die sektoralen Förderintensitäten - selbst in

Nordfriesland - verglichen mit anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Hessen sehr gering. Vergleichbar sind sie mit denen Niedersachsens.

Literaturverzeichnis

Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Änderung des GAK-Gesetzes (2. Mai 2002).

Verordnung (EG) Nr. 1783/2003 des Rates vom 29. September 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).

BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (versch. Jgg.): Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung. Anlage Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Internetseite BMELV: <http://www.bmelv-statistik.de>. Stand 29.5.2007.

BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007b): Indikativer Finanzplan Deutschland gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 und deren geltende Durchführungsverordnung (Bundestabelle mit Bundesländertabellen). Stand 8.11.2006. E-Mail am 11.09.2007.

BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008): Deutschland - Verwendung der durch Differenzierung freigewordenen Mittel, nur fakultative Modulation, Stand 14.11.2006. Email vom 20.Juli 2008.

BMVEL, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2004): Indikativer Finanzplan Deutschland gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 und deren geltende Durchführungsverordnung, Bundestabelle mit zugehörigen Länderfinanztabellen. Schriftliche Mitteilung am 17.12.2004.

BMVEL, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2005): Deutschland - Verwendung der durch die Differenzierung freigewordenen Mittel - nur fakultative Modulation. Email am 10.05.2005.

Destatis, Statistisches Bundesamt (2005): Kreisdaten der Agrarstrukturerhebung 2003, Betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Bodennutzung und Viehhaltung 2003.

Eser, T. (2001): Evaluation und Qualitätsmanagement - Anforderungen und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik. Informationen zur Raumentwicklung H. 6/7, S. 327-339.

EU-KOM, Europäische Kommission (2008): Kommissionsvorschläge für den Gesundheitscheck - Dokumentation. Agra-Europe H. 22/08, S. 1-90.

- EU-KOM, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft (2000): Gemeinsame Bewertungsfragen mit Kriterien und Indikatoren. Internetseite Europäische Kommission: http://ec.europa.eu/agriculture/rur/eval/index_en.htm. Stand 12.12.2000.
- EU-KOM, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft (1999): Bewertung von Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums im Zeitraum 2000-2006 mit Unterstützung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Leitfaden (VI/8865/99). Brüssel.
- Fährmann, B., Grajewski, R. und Pufahl, A. (2005): Kapitel 2 - Einleitung. In: FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt- und Stadtplanung, Leichtweiß-Institut für Wasserbau und BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Programms "Zukunft auf dem Land" (ZAL) gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Braunschweig, Hamburg, Hannover. S. 1-62.
- FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Stadtplanung, BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst und Holzwirtschaft und TUB, Technische Universität Braunschweig (2003): Halbzeitbewertung des Programms "Zukunft auf dem Land" (ZAL) gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Im Auftrag des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein. Braunschweig. Internetseite Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): http://miraculix.fal.de/fallitdok_extern/zi035947.pdf. Stand 2.10.2007.
- FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt- und Stadtplanung, Leichtweiß-Institut für Wasserbau und BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Programms "Zukunft auf dem Land" (ZAL) gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Braunschweig, Hamburg, Hannover. Internetseite Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): http://miraculix.fal.de/fallitdok_extern/bitv/dk037266.pdf. Stand 2.10.2007.
- IM, Innenministerium Schleswig-Holstein (2004): Antrag gemäß Art. 44 der VO (EG) 445/2002 an den Begleitausschuss für ländliche Entwicklung zur Änderung des Einheitlichen Programmplanungsdokumentes für die Entwicklung des ländlichen Raumes außerhalb Ziel 1 in Schleswig-Holstein 2000 bis 2006 Zukunft auf dem Land (ZAL). Kiel.
- IM, Innenministerium Schleswig-Holstein (2005): Aufstellung der voraussichtlichen und geleisteten Ausgaben in Euro, Ausgaben des Haushaltsjahres vom 16.10.2003 bis zum 15.10.2004. Email vom 01.02.2005.
- Landesregierung Schleswig-Holstein (2000): Zukunft auf dem Land (ZAL); Eingereichtes Programmplanungsdokument des Landes Schleswig-Holstein. Kiel.
- LRH, Landesrechnungshof Schleswig-Holstein (2007): Ergebnisbericht 2008. Internetseite Landesrechnungshof Schleswig-Holstein: <http://www.landesrechnungshof-sh.de/index.php?getfile=ergebnisbericht2008.pdf>. Stand 4.8.2008.

- MJAE, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein (2008): Arbeitsplätze sichern und schaffen. Internetseite Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein: www.schleswig-holstein.de. Stand 5.8.2008.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008): FIAF 2000 bis 2006 - Finanzielle Abwicklung (Stand 31.03.2006) in den Bundesländern HB, HE, HH, NI, NW und SH. E-mail vom 01.08.2008.
- MLR, Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (2002): Antrag gemäß Art. 35 der VO (EG) 1750/1999 an den Begleitausschuss für ländliche Entwicklung zur Änderung des Einheitlichen Programmplanungsdokumentes für die Entwicklung des ländlichen Raumes außerhalb Ziel 1 in Schleswig-Holstein 2000 bis 2006 (1. Programmänderung 2002). Kiel.
- MLR, Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (2003): Antrag gemäß Art. 44 der VO (EG) 445/2002 an den Begleitausschuss für ländliche Entwicklung zur Änderung des Einheitlichen Programmplanungsdokumentes für die Entwicklung des ländlichen Raumes außerhalb Ziel 1 in Schleswig-Holstein 2000 bis 2006 Zukunft auf dem Land (ZAL). Kiel.
- MLR, Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (1999): Zukunft auf dem Land (ZAL), Programmplanungsdokument für die Entwicklung des Ländlichen Raumes außerhalb Ziel 1 in Schleswig-Holstein. Kiel.
- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2007a): Auszug aus der X-Liste der Zahlstelle für die EU-Haushaltsjahre 2000 bis 2006. Mehrere Datenlieferungen auf CD.
- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2007b): Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein (Deutschland) für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 - Zukunftsprogramm Ländlicher Raum (ZPLR). Kiel. Internetseite Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein: <http://www.schleswig-holstein.de>. Stand 14.4.2008b.
- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2008a): Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes in Schleswig-Holstein, Gemeinschaftsinitiative LEADER+, Jahresbericht 2007 (Stand 08.05.2008). Kiel.
- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2008b): Rechnungsabschluss EU-Haushaltsjahr 2006. Email vom 05.08.2008.

- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2008c): Verausgabte EU-Mittel je LAG (Stand 31.12.2007). Email vom 10.06.2008.
- MLUR, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2008d): Verwaltungsmodernisierung im Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume schreitet voran. Medien-Informationen 17. Juni 2008. Stand 4.8.2008d.
- Modellregion Lübecker Bucht (2006): Abschlussbericht Modellregion Lübecker Bucht, Das Erreichte aufzeigen - den Steuerungsansatz bewerten, Teil 2: Das Erreichte aufzeigen. Internetseite Nova-Institut: http://www.nova-institut.de/ra-attach/16500/Abschlussbericht_RALB_Teil_2.pdf. Stand 31.7.2008.
- MUNL, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein (2003): Geleistete Zahlungen für ZAL-Maßnahmen (EU-Haushaltsjahre 2000, 2001, 2002). Schriftlich am 17.01.2003.
- MWTV, Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (2007): Förderdaten Regionalprogramm 2000 bis 2006 (Stand 11.2007). Email vom 30.11.2007.
- MWWV, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (2008): Bericht über die Abwicklung des Ziel 2-Programms 2000-2006 in Schleswig-Holstein, Durchführungsbericht 2007 (am 26.06.2008 geprüft und gebilligt durch den Begleitausschuss für das operationelle Programm EFRE Schleswig-Holstein 2007-2013). Kiel.
- Regionale Partnerschaft Uthlande e.V. und Menge, K. (2006): Abschlussbericht Regionen Aktiv, Das Erreichte aufzeigen - den Steuerungsansatz bewerten, Teil2: Das Erreichte aufzeigen. Region Uthlande. Internetseite Nova-Institut: http://www.nova-institut.de/ra-attach/16499/Abschlussbericht_Uthlande_Teil_2.pdf. Stand 29.7.2008.
- Schleswig-Holsteinischer Landtag (2006): EU-Mittel für den ländlichen Raum, Kleine Anfrage des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel und Antwort der Landesregierung - Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (Drucksache 16/1034). Internetseite Schleswig-Holsteinischer Landtag: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/drucks/1000/drucksache-16-1034.pdf>. Stand 6.8.2008.
- Statistikamt Nord, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2006): Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein am 31.06.2006. Hamburg/Kiel.
- Tietz, A., Hrsg. (2007): Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich - Finanzen, Schwerpunkte, Maßnahmen. Landbauforschung Völkenrode, Sonderheft 315. Braunschweig.